

Fietkau, Hans-Joachim

Book Part — Digitized Version

Umweltbewußtsein und Umweltkrise

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim (1985) : Umweltbewußtsein und Umweltkrise, In: Volker Hauff, Michael Müller (Ed.): Umweltpolitik am Scheideweg: die Industriegesellschaft zwischen Selbsterstörung und Aussteigermentalität., ISBN 3-406-30864-3, C.H. Beck, München, pp. 80-86

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122590>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hans-Joachim Fietkau

Umweltbewußtsein und Umweltkrise

1978 stellte der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Gutachten im Rückblick auf die 70er Jahre fest, daß in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland Umweltfragen einen zentralen Stellenwert bekommen haben. Umweltschutz wurde zu einer der dringendsten staatlichen Aufgaben. Eine große Mehrheit der Bevölkerung erklärte sich bereit, auch persönliche finanzielle Opfer für Umweltschutzaufgaben zu bringen: Ein schärferes Vorgehen gegenüber Umweltsündern wurde gefordert.

Seither hat das Umweltthema kaum an öffentlicher Aufmerksamkeit verloren: Keine politische Partei kann es in den Hintergrund drängen. Die Medien berichten täglich über neue Formen der Umweltbelastung. Die Wahlergebnisse machen deutlich, daß Umweltgesichtspunkte Wahlentscheidungen beeinflussen können. Umweltschonende Eigenschaften von Produkten sind für die Industrie zu Werbeargumenten geworden. Diese Alltagsbeobachtungen lassen sich eindrucksvoll durch Ergebnisse von Meinungsumfragen untermauern.

Trotz des sehr hohen öffentlichen Konsenses über die Dringlichkeit von Umweltschutz ist gerade dieser Politikbereich zu einem Kristallisationspunkt politischer Spannungen geworden. Mit der Umweltpolitik der Bundesregierung waren 1980 45% und 1982 50% der Befragten in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage unzufrieden. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in diesem Politikfeld richtet sich weniger auf den Staat und weniger auf die politischen Parteien als auf die neue Umweltbürgerbewegung, die in der öffentlichen Meinung ein hohes Maß an Zustimmung und Unterstützung findet (1982 63% Zustimmung zu Umweltschutzbürgerinitiativen).

Das Mißtrauen ist aber wechselseitig. Ebenso wie „die Bürger“ „denen da oben“ mißtrauen, mißtrauen die staatlichen und nicht-staatlichen umweltpolitischen Funktionsträger häufig dem Bürger. In groß angelegten Plakataktionen versuchen unterschiedlichste Organisationen, die Bürger zum Umweltbewußtsein zu erziehen. Die Industrie bezweifelt die Bereitschaft der Konsumenten, für umweltschonende Produkte Mehrkosten in Kauf zu nehmen. Politische Parteien zögern mit Blick auf Wählerstimmen, durchgreifende Umweltschutzinitiativen auf den Weg zu bringen, die auch Einschränkungen mit sich bringen würden etc.

Die immer wieder aufkommenden Zweifel am Umweltbewußtsein des anderen nähren sich aus den Verhaltensbeobachtungen des jeweiligen Partners. „Wenn die Politiker umweltbewußt wären, würden sie in der Gesetzgebung schärfer vorgehen“ oder „Wenn der Bürger wirklich umweltbewußt wäre, müßte er sich anders verhalten“. So meint jeder dem jeweils anderen ein besseres Bewußtsein verordnen zu müssen. Identische Verhaltensweisen werden unterschiedlich interpretiert, je nachdem, ob man sie selbst vollzieht oder bei einem anderen beobachtet. Benutze ich statt öffentlicher Nahverkehrsmittel meinen PKW, sehe ich als Ursache die vielen guten sachlichen Gründe: beobachte ich dieses Verhalten beim anderen, ist es bei ihm das mangelnde Umweltbewußtsein.

I. Unzureichendes umweltbezogenes Handeln

Der Versuch, über eine Verbesserung des Umweltbewußtseins zu umweltgerechterem Handeln zu gelangen, stellt derzeit einen falschen Ansatz dar:

- der Mangel an umweltgerechtem politischem bzw. individuellem Handeln ist nicht als Ausdruck mangelnden Umweltbewußtseins zu sehen.

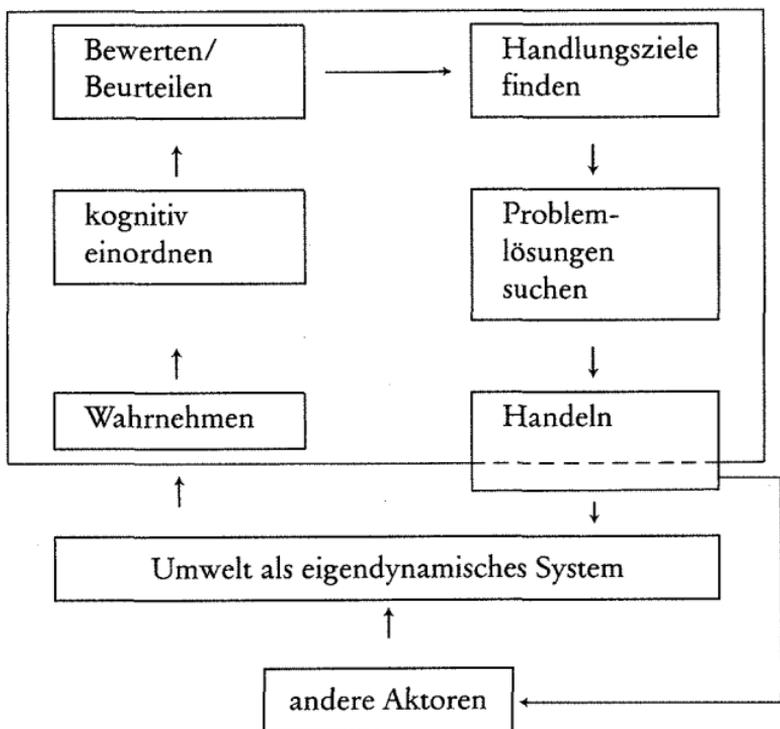
- Umweltbewußtsein ist eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für umweltbezogenes politisches und individuelles Handeln.

Eine psychologische Umweltforschung, die ihren Beitrag zum

Aufbau und zur Stabilisierung umweltgerechteren Handelns leisten will, darf sich nicht auf den Aspekt des Umweltbewußtseins einengen lassen, insbesondere scheint es notwendig, umweltbezogene Entscheidungen und Handlungen auch einer psychologischen Analyse zugänglich zu machen. Handlungen müssen aufgefaßt werden als das Ergebnis eines komplizierten psychischen Verarbeitungsprozesses, und sie müssen in einem vielschichtigen Rückkoppelungsprozeß zwischen dem Handelnden und einer natürlichen und sozialen Umwelt beschrieben werden.

Erst im Kontext eines theoretischen Modells, das die Interaktion zwischen Mensch und Umwelt beschreibt, werden Einzelaspekte wie Umweltbewußtsein einordenbar und verständlich. Das Modell

Aktionsmodell Mensch – Umwelt



stellt eine vergrößernde Schematisierung dar; es kann derzeit weniger dazu dienen, Antworten zu geben als vernünftige Fragen zu stellen, und bislang weniger beachtete personale Bedingungen für umweltgerechtes Handeln in die Diskussion einzubringen.

Der Umgang des Menschen mit seiner Umwelt ist in vielfältiger Weise durch subjektive Verarbeitungen geprägt. Die Informationen, die der Mensch von seiner Umwelt hat, sind durch die menschlichen Erkenntnismöglichkeiten begrenzt. Die Auswahl der aufgenommenen Informationen unterliegt einer Vielzahl von Verzerrungen und Blockierungen, sie werden in vorhandene und oft wenig geeignete Denkschemata eingeordnet. Die Umweltinformationen, die uns zur Verfügung stehen, sind mehr und mehr Informationen aus zweiter Hand (vermittelt durch Wissenschaft und Medien), d.h. sie gehen nicht auf eine unmittelbare persönliche Umwelterfahrung zurück. Als Folge werden die Informationen nach der Glaubwürdigkeit der Informationsquelle gewichtet. Umweltprobleme und zuzuordnende Problemlösungsstrategien werden in allgemeinere gesellschaftliche Grundüberzeugungen eingeordnet: So stehen sich technologisch und gesellschaftlich orientierte Lösungsansätze gegenüber, die sich im politischen Raum stoßen und die in ihrer Genese weniger von der Natur der Probleme als von den Sozialisationserfahrungen der Urteilenden abhängig sind. Auch sind die Bewertungen der Dringlichkeit unterschiedlicher umweltbezogener Problembereiche weniger durch die Verschiedenartigkeit der Probleme selbst als durch allgemeine Stereotype bestimmt. Aus dieser mindestens intersubjektiv höchst heterogenen Problemsicht heraus wird es sehr schwierig, Handlungsziele zu formulieren: dies insbesondere dann, wenn umweltbezogene Zielvorstellungen und andere gesellschaftliche Aufgaben sich vermeintlich oder tatsächlich ausschließen. In diesem relativ diffusen und in sich sehr komplexen Problemfeld, das für den Handelnden mit großen Handlungsunsicherheiten verbunden ist, wird es sehr schwer, intra- und intersubjektiv sicher und gesichert Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Die Forschung, die sich mit den Möglichkeiten des Menschen beschäftigt, mit komplexen, wenig

durchschaubaren und in der Zielsetzung heterogenen Aufgaben umzugehen, zeigt die Grenzen menschlicher Problemlösefähigkeit gegenüber solchen Aufgaben sehr deutlich. So kann es nicht verwundern, daß neben dem Versuch, die Umweltprobleme aktiv anzugehen, eine resignative Haltung ebenso häufig zu beobachten ist, wie der Versuch, durch kompensatorische Ersatzlösungen wenigstens individuell und kurzfristig den Umweltbelastungen zu entgehen.

II. Lernorientierte Experimentiergesellschaft

Die skizzierten „Subjektivismen“ im Umgang des Menschen mit der Umwelt sind nun keineswegs allein charakteristisch für den berühmten „Mann auf der Straße“; sie betreffen in gleicher Weise Umweltpolitiker und Experten. Die durchweg verfehlten Energieprognosen der Experten vom Ende der 70er Jahre, die aus heutiger Sicht unverständlichen Bausünden der Vergangenheit, das sehr späte Bewußtwerden des Waldsterbens trotz lange vorliegender Warnungen und Informationen stimmen wenig zuversichtlich, daß unsere heutige Beurteilung der Umweltsituation und die heute präferierten Lösungsvorstellungen mittelfristig wissenschaftlich und politisch werden bestehen können. Es scheint realistischer, davon auszugehen, daß auch unsere heutigen Vorstellungen über eine „gute Umweltpolitik“ fehlerbelastet sind und daß wir auch heute kaum die Problemfelder von morgen erkennen können.

Eine realistische, langfristig angelegte präventive Umweltpolitik darf sich diesen Überlegungen nicht verschließen. Sie muß ihre eigene Begrenztheit und ihre potentielle Fehlerhaftigkeit berücksichtigen. Umweltpolitik ist in besonderer Weise mit derartigen Unsicherheiten belastet: Umweltbezogenes (politisches) Handeln richtet sich auf ein eigendynamisches System, das auch ohne menschliche (politische) Eingriffe Veränderungen unterliegt, dessen Gesetzmäßigkeiten wir kaum kennen und für das wir deshalb kaum unsere Handlungsfolgen abschätzen können. Der Zustand des ökologischen Systems ist von den wachsenden Eingriffsmög-

lichkeiten moderner Industriegesellschaften und den beschleunigt ablaufenden gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen in hohem Maße abhängig. Die Probleme, denen wir uns gegenübersehen, sind infolgedessen beinahe täglich neu („Schadstoff der Woche“) und erfordern oft schnelles Handeln. Umweltpolitik hat keine Tradition wie andere Politikbereiche, in denen weit mehr Erfahrungen mit politischen Steuerungsinstrumenten vorliegen.

Diese Überlegungen sollen nun nicht als agnostisch und politikfeindlich mißverstanden werden. Eine realistische Umweltpolitik, die den skizzierten Unsicherheiten Rechnung trägt, erfordert gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die unter dem Schlagwort „lernorientierte Experimentiergesellschaft“ zusammengefaßt werden können. Die lernorientierte Experimentiergesellschaft erfordert eine Umorientierung in Politik und Öffentlichkeit.

Die Reichweite großtechnologischer Grundentscheidungen in modernen Industriestaaten läßt die Gefahr größer werden, daß technologisch/politische Weichenstellungen auch dann kaum noch in ihren Auswirkungen begrenzt werden können, wenn sie sich als umweltbelastend oder sozial unverträglich herausstellen. Wir stehen vor der Aufgabe, unser politisches und technologisches Handeln reversibel zu halten, d. h. räumlich und zeitlich begrenzbar zu gestalten. Dies ist sicher deshalb schwierig, weil bestimmte Technologien bestimmte Größenordnungen erfordern. Die Reversibilität von Entscheidungen wird jedoch nicht allein durch technologieimmanente Strukturmerkmale behindert, sie wird mindestens genauso durch die Überzeugung verhindert, daß es politisch nicht opportun sei, eigene Planungsfehler nach außen dringen zu lassen. Wir müssen zu einem neuen Politikverständnis kommen, in dem nicht der Irrtum diskreditiert ist, sondern das Festhalten an ihm.

Wir brauchen einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen, der eine schnelle Rückmeldung von Planungsfehlern an Entscheidungsträger ermöglicht. Die Aufgabe der Wissenschaft in einer lernorientierten Experimentiergesellschaft besteht weniger in der ohnehin wohl kaum möglichen Prognose und Entwicklung von Großkonzepten, sondern vielmehr in der Evaluation unterschied-

lichster umweltpolitischer Maßnahmen. Eine wichtige Rolle, die die Wissenschaft hier übernehmen kann, ist die eines Frühwarnsystems.

Da die große langfristig erfolversprechende Umweltkonzeption wohl auch absehbar kaum in Sicht kommen wird, brauchen wir eine Vielzahl gesellschaftlicher und technologischer Experimente. In diesem Sinne stellen die aufkommenden alternativen Produktions- und Lebensformen möglicherweise die lebensnotwendige Erfahrungsbasis für die Gestaltung einer umweltgerechten Industriegesellschaft dar. Es wird vielleicht künftig wichtiger werden, derartigen gesellschaftlichen Experimenten, die quasi autonom entstehen, günstigere Rahmenbedingungen und Entwicklungschancen zu geben, statt nach der einen großen, vermeintlich vielversprechenden Lösung zu suchen. In der Vielfalt liegen die Lernchancen, die eine moderne Industriegesellschaft notwendig braucht.

Die Vielfalt nebeneinander existierender Produktions- und Lebensformen ist nicht allein als Quelle für Erfahrungen erforderlich. Wahrscheinlich sind gesellschaftliche Systeme ebenso wie natürliche Ökosysteme dann stabiler und an wechselnde Lebensbedingungen anpassungsfähiger, wenn sie nicht einem großen Prinzip gehorchen, sondern aus einer Vielzahl sich selbst wechselseitig beeinflussender und korrigierender hochvernetzter Teilsysteme bestehen.

Literaturhinweise

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1978. Stuttgart/Mainz: Kohlhammer 1978.

Dörner, D.; H. W. Krenzig; F. Reither; Th. Ständel (Hrsg.): Lohhausen. Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern/Stuttgart/Wien: Huber 1983.

Fietkau, H. J.: Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie. Weinheim/Basel: 1984.